

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1912

151 (2.7.1912)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

<p>Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. Abonnementspreis: In's Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 M. In der Expedition und in den Abzügen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 M., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 M. vierteljährlich</p>	<p>Redaktion: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 481 Sprechstunde nur von 1/2 12—1/2 1 Uhr. Expedition: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 128 Postfach-Conto Nr. 2650</p>	<p>Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Bsp. Sozial-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluß der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 1 Uhr.</p>
<p>Druck und Verlag: Buchdruckerei G. C. & Co., Karlsruhe.</p>	<p>Verantwortl. für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Bad. Politik, Aus der Partei, Gewerkschaftliches, Neues vom Tage und Letzte Nachrichten: Hermann Kadel; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; beide in Karlsruhe.</p>	<p>Für den Inseratenteil verantwortlich: Karl Siegler in Karlsruhe.</p>

Unsere heutige Nummer umfaßt einschließlich der Unterhaltungsbeilage 10 Seiten.

Ein Jahr nach Agadir.

Ein Jahr ist vergangen, seitdem der deutsche Botschafter in Paris dem französischen Minister des Auswärtigen, Herrn von Selve, Kenntnis davon gab, daß das Kanonenboot „Panther“ auf der Rhede von Agadir Anker geworfen habe. Es soll ihm, wie erzählt wird, gar nicht recht wohl bei dieser diplomatischen Aktion gewesen sein, aber er hatte ja nur ein Amt und keine Meinung: die Politik wurde in Berlin gemacht. Zu derselben Stunde, in der sich Herr von Selve seines Auftrages an der Seine entledigte, erhielten die im Auswärtigen Amt in der Wilhelmstraße Informationen (schon vor dem Coup, und am Abend des 1. Juli war die deutsche Presse voll von der Tat des Herrn von Selve).

Nur wenige skeptische Stimmen ließen sich vernehmen. Die bürgerlichen Blätter waren durchweg einverstanden, mehr als das: sie waren begeistert. Es ist recht amüsant, die Zeitungen jener Tage noch einmal zur Hand zu nehmen. Da überfließt der linksliberale „Vorwärts“ seinen Leitartikel mit einem aufatmenden „Endlich!“ Da versichert die nationalliberale Magdeburgerin, wie eine Erlösung müsse es wirken, daß die deutsche Regierung aus ihrer Zurückhaltung herausträte; die „Post“ wollte wissen, daß allen Deutschen ein Stein vom Herzen gefallen sei, die „Ameisen“ gebärdete sich wie toll vor Freude und selbst die in den Fragen der Weltpolitik sonst mit gutem Grunde reservierte „Kreuzzeitung“ defamierte: „Als wäre ein böser Traum gewichen, als begänne ein Abdruck resignierten Mißbehagens vor dem Strahl der Morgen Sonne zu schwinden.“ Kurz, Kiderlen war der Held des Tages, der Retter des Vaterlandes.

Woher diese Macht am Rhein-Stimmung? In der Note, die Deutschland an die auswärtigen Mächte gerichtet hatte, war die Entsendung des Schiffes mit der Bedrohung deutscher Firmen im Süden Marokkos durch eine Gärung unter den dortigen Eingeborenen begründet worden. Der „Panther“, so hieß es, werde den Hafen verlassen, sobald in Marokko Ruhe und Ordnung eingetreten sei. Diese Darstellung fand nirgendwo Glauben, am wenigsten in Deutschland, wo die Chauvinisten sich außerdem noch auf vertr. ... Wink berufen konnten, die ihnen im Auswärtigen Amt gegeben worden waren. Die Sache ist bisher nicht ganz aufgeklärt. In dem bekannten Prozeß, den die „Grenzboten“ gegen die „Post“ geführt haben, führte der Verteidiger der „Post“ aus, dem Kläger könne nicht unbekannt sein, daß die Regierung und Herr von Kiderlen nicht nur das Ziel verfolgt hätten, einen Teil Marokkos Deutschland einzuverleiben, sondern daß von dieser Absicht auch verschiedenen Personen Mitteilung gemacht worden sei, so dem Reichstagsabgeordneten Erzberger, dem Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes Claus und dem Chefredakteur der „Tägl. Rundschau“. Weitere Einzelheiten wurden bei dieser Gelegenheit angeführt. Der Staatssekretär hat in der Kommission und im Plenum des Reichstags alles bestritten, aber es geschah das nicht in einer Form, die uns davon überzeugen könnte, daß er nach Agadir gegangen sei, um mit den Kongosumpfen zurückzufahren.

Auch wenn seine alldeutschen Vertrauensleute nicht geblaudert hätten, lag es auf der Hand, daß die Regierung am 1. Juli 1911 ganz anderes im Sinne hatte und das ist noch die ihr am wenigsten ungünstige Auffassung der damaligen Situation. Hätte sie wirklich nur an die Abwendung unserer Kamerunkolonie gedacht, dann wäre die Privatpolitik, mit der sie Europa an den Rand eines Krieges brachte, beinahe ohne Beispiel.

Daß dieser Krieg uns drohte, daß mehr als einmal in den Hochsommertagen des vergangenen Jahres die Gefahr ganz nahe herangekommen war, ist allgemein bekannt. Mit Entsetzen erkannte damals das deutsche Volk seine Ohnmacht und Einflußlosigkeit. Die geheime Diplomatie spielte mit dem Geschick der Nationen und auch die großen Friedenskundgebungen des internationalen Proletariats waren kein absolut sicheres Mittel, ihr das Konzept zu verderben. Doch die Geheime leben ja noch zu frisch in unserer Erinnerung, als daß es not täte, sie hier im einzelnen wieder vorzuführen. Genug: auch vom Standpunkt der Patrioten war das Spiel nicht der Herzen wert. Die mit tausend Masten in den Ozean geschickte Regierung kehrte still auf gerettetem Kiel in den Hafen zurück und mußte sich von denen mit Scheltworten überhäufen lassen, die sie am 1. Juli mit jubelndem Zuruf begrüßt hatten.

Wir Sozialdemokraten hatten zwar auch keinen Grund zur Genugtuung, denn die Vermehrung des Kolonial-

besitzes um die Kongogebiete bedeutet die Vermehrung zweckloser und unproduktiver Ausgaben. Aber am Ende hätten wir sogar eine gewisse Befriedigung empfinden können, wenn der Ausgang der Affäre wenigstens eine Verbesserung der Stimmung zwischen Deutschland und den Weltmächten mit sich gebracht hätte. Man hatte uns doch immer auseinandergelegt, daß die marokkanische Frage der Stein des Anstoßes sei und daß die Entsendung des „Panther“ vor allem auch den Zweck gehabt habe, den Anstoß zu einer Lösung eines für den Frieden bedenklichen Problems zu geben.

Ist nun die politische Lage heute günstiger als vor einem Jahre? Sind wir Frankreich näher gekommen, hat sich unser Verhältnis zu England gebessert? Niemand wird so leichtfertig sein, diese Fragen zu bejahen. Im Gegenteil: die Spannung ist nur verschärft. Aus den Ereignissen des letzten Sommers zogen die „Nationalen“ den Schluß, daß zu Wasser und zu Lande die Rüstungen verstärkt werden müßten, und die Regierung trat dieser Auffassung bei. Wir vermehrten das Landheer und wir verstärkten die Flotte; der arbeitenden Bevölkerung wurden neue drückende Lasten auferlegt und die Spitzen der deutschen Bajonette und die Mündungen der deutschen Schiffskanonen richteten sich gegen Frankreich und England. Der Krieg um Agadir willens wurde zwar vermieden, aber das deutsche Volk — und nicht das deutsche allein — muß in erhöhtem Maße für den Militarismus fronden und die Gefahr des bewaffneten Zusammenstoßes ist nur vertagt, aber nicht abgewendet.

Die deutsche Politik hat Frankreichs Abneigung verstärkt und Englands Mißtrauen erhöht und sie hat beide Länder in eine noch engere Verbindung gebracht, als sie zuvor bestand. Herr Millerand schürt durch Serenaden und andere militärische Schauvorträge den französischen Chauvinismus und Winston Churchill läßt Dreadnoughts über Dreadnoughts bauen.

Und nun verjudet man mit schönen Worten die Wunden zu heilen, die eine verfehlte Politik geschlagen hat und möchte vor allem den deutsch-englischen Gegensatz mildern. Ja, wenn sich die Freundschaft zwischen Deutschland und England erreden, erschreiben, ertönen, ertönen und ertönen ließe, dann gäbe es auf der ganzen Welt keinen Freundschaftsbund, der auf festerem Boden stünde. Aber was haben all die Bemühungen, die in dieser Beziehung diesseits und jenseits der Nordsee unternommen worden sind, geholfen? Es gibt bald keinen Deutschen und keinen Engländer mehr, der nicht in dieser oder jener Form sich an irgend einer Friedensaktion beteiligt hätte, aber die Dinge haben sich verwickelt, statt verbessert. So wird auch der Meinungsaustausch, den jetzt die Zeitschrift „Nord und Süd“ herbeigeführt hat, ohne größere Wirkung bleiben. Im Juniheft ließ sie Engländer zu Wort kommen, im Juliheft sprechen Deutsche. Alles Leute von Rang und Stand und alle meinen es sehr gut und alle setzen auseinander, daß es doch eigentlich keinen Grund gäbe, daß die beiden Länder auf so gespanntem Fuße lebten und daß es sich da nur um Mißverständnisse handle. Aber da ist wohl keiner unter den Deutschen, der nicht der letzten Flottenvermehrung begeistert zugestimmt hätte und der nicht weitere Forderungen ohne weiteres als berechtigt anerkennen würde und unter den Engländern befindet sich wohl auch niemand, der die Flottenpläne Churchills bekämpfte. So reden sie aneinander vorbei, die Leute mit Titel, Würden und großem Kapital. Sie schwagen vom Frieden und schüren den Krieg. Ihre Praxis schafft die Mißverständnisse, die sie in ihren Reden und ihren Aufsätzen so tief beklagen.

Aus der Masse des Volkes und aus der Partei, die sie vertritt, ist in „Nord und Süd“ keine Stimme laut geworden. Wozu auch? Sie hätte erklären müssen, daß all die schönen Freundschaftsver Versicherungen keinen Pfifferling wert sind und daß die berühmten Mißverständnisse auf sehr realen Tatsachen beruhen. Was von uns hundertmal auseinandergesetzt worden ist, wäre noch einmal zu wiederholen gewesen. Das Exportkapital der einzelnen Länder sucht hochverzinsliche Anlage in exotischen Gebieten, man will für die mit den Banken in enger Verbindung stehende Industrie überseeische Privilegien und Monopole sichern. Man kämpft heute nicht mehr um Land, um seine Territorien zu erweitern, man kämpft um Bezirke, in denen das eigene Kapital die Meinherrschaft ausüben kann und Heer und Flotte sind dazu da, diese Kapitalinteressen zu schützen.

Der Kapitalismus ist die stärkste, vielleicht die einzige Bedrohung des Friedens. Nur seine Überwindung beseitigt die Kriegsgefahr. Aber heißt das, daß wir nun fatalistisch warten sollen, bis dieser Zeitpunkt eingetreten ist? Nein, es gibt auch heute schon Mittel, die Gefahr wenigstens zu verringern. Bezeichnenderweise machen gerade die beiden Großindustriellen, die in „Nord und Süd“ in die Diskussion eingreifen, Thyssen und Stinnes,

darauf aufmerksam. Stinnes fragt direkt: „Warum sollte es nicht möglich sein, die englische und deutsche Industrie demnächst ebenfalls zu gemeinsamer nützlicher Arbeit zusammenzuschließen?“ Das ist der Weg. Es muß alle Kraft daran gesetzt werden, die kapitalistischen Interessen beider Länder zu einer Verständigung zu bringen und für dieses Ziel muß sich auch das Proletariat einsetzen. Das mag wunderbar klingen, aber das Interesse, das die Arbeiterchaft am Frieden hat, verbietet ihr, mit der Hoffnung zu spielen, daß kriegerische Katastrophen die kapitalistische Wirtschaftsordnung mit ins Verderben ziehen. Sie könnte am Ende bitter enttäuscht werden.

Die Hauptsache aber bleibt natürlich die sozialistische Agitation und die immer engere Vereinigung der arbeitenden Bevölkerung aller Nationen. Das „Proletariat aller Länder vereinigt euch!“ ist die Zauberformel, mit deren Hilfe sich alle Ketten brechen lassen.

Ein Jahr nach Agadir streckt die Sozialdemokratie Deutschlands aufs neue ihre Hand über die Vogesen und über die Nordsee hinüber und sie ist gewiß, daß die Klassenkämpfe in Frankreich und England einschlagen werden, um aufs neue dem ernsten Willen Ausdruck zu geben gemeinsam zu arbeiten für den Frieden, den Fortschritt und die Freiheit der Völker.

Deutsche Politik.

Fürchterliche Beleidigungen. Ein katholischer Pfarrer hatte während der letzten bayerischen Landtagswahlen den früheren Verkehrsminister v. Frauendorfer, weil er nicht ganz nach der Pfeife des Zentrums hatte tanzen wollen, „den reinsten Sozialdemokraten“ genannt, der es verdiente, abgesetzt zu werden. Ein Minister — Sozialdemokrat? Entsetzlich, zumal in Bayern und der Staatsanwalt hatte denn auch nichts eiligeres zu tun, als öffentliche Anklage zu erheben. Jetzt berichtet das „Berliner Tageblatt“ mit Genugtuung, daß der Pfarrer „in einem jämmerlichen Vergleich seine Aeußerung mit Bedauern“ hätte zurücknehmen müssen und zur Tragung aller Kosten verurteilt worden wäre. Der eifrige Staatsanwalt hätte doch eigentlich auch die Pflicht gehabt, wegen Beleidigung der Sozialdemokratie zu klagen. Denn es ist für sie doch eine genau so starke „Verächtigung“, die Gesinnung eines Herrn v. Frauendorfer entspräche ihren Tendenz, wie die „Verächtigung“ für den Herrn Minister a. D. daß er ein Sozialist sei. — Aber diese furchtbare Geschichte bedeutet noch gar nichts gegen eine andere Affäre, die dieser Tage sogar das Reichsgericht beschäftigt hat. Ein Vorstandsmittglied des Rattowitzer sozialdemokratischen Vereins hatte die Fröschheit begangen, auch dem Polizeiergeanten A. eine Druckschrift zuzusenden, in der er aufgefordert wurde, sozialdemokratisch zu wählen und sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen. Man glaubt gar nicht, wie feinsüßlich und zartbefeitete solche Polizeiergeanten mitunter sind. Dieser erblickte in dem Flugblatt sofort eine Aufforderung zum Eidbruch und damit eine schwere Beleidigung; denn wer sich der „antimonarchischen“ Sozialdemokratie anschließe, breche den dem König geleisteten Treuschwur. Das Landgericht in Bentzen war vernünftig genug gewesen, den sozialdemokratischen Flugblattverleumder freizusprechen — zwar nicht, weil es das Treuschwur-Märchen als das erkannt und gekennzeichnete hatte, was es ist, sondern nur, weil es dem Flugblattverleumder als Vorstandsmittglied seines Vereins den Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zugebilligt hatte. Das Reichsgericht in seiner unerforschlichen Weisheit erkannte anders. Es hob jenes Bentzener Urteil wieder auf und wies die Sache zur nochmaligen Entscheidung an die Vorinstanz zurück. Eine „objektive Beleidigung“ liege vor, es wäre nun noch zu prüfen, ob auch eine „subjektive“ Beleidigung anzunehmen wäre. — Man kann auf das Ende gespannt sein. In jedem Falle entbehrt auch diese „objektive Beleidigung“ nicht des Reizes der Originalität. Ach ja, es gibt doch noch Richter in Deutschlands Gauen; sie wissen die „Ehre“ schon vor feindlichen Angriffen zu schützen, zumal wenn es sich um die Ehre von Ministern, Streifbrechern und Schutzleuten handelt.

Warum der Rüstungsrummel? Eine Korrespondenz hatte das Gerücht verbreitet, daß die zu den neuen Heeresvermehrungen notwendigen Gerätschaften, Uniformen u. s. „soweit es nur irgend möglich ist“, bei den staatlichen Fabriken und Werkstätten beschafft, die Privatindustrie wenig oder gar keine Berücksichtigung finden sollte. Darob große Aufregung in den Kreisen der industriellen Scharfmacher. Wozu hatte man denn jahraus jahrein das Rüstungsgeheiß erhoben und so manchen „Blauen“ und „Braunen“ für die Aktion geopfert, wenn jetzt die Anforderungen nicht in Gestalt der großen Aufträge mit

ausaus

ein Raum, in dem Licht be-
 aufse Gas ein-
 Feuerungen
 Auch müssen
 dadurch für
 sondern darf
 kommen wird.
 mentlich zum
 Ursache des
 er und befei-
 I. Kaiser-
 der das Nat.

en, daß nach
 und Band
 oder -Stoppfen
 schluß mittels
 gefährlich, wes-

8812

Abfchlag
 reise!
 er 28
 „ 27
 er „ 27
 „ 26
 „ 25 1/2
 er 24
 „ 23
 „ 22
 „ 21
 „ 20
 „ 19
 „ 18
 „ 17
 „ 16
 „ 15
 „ 14
 „ 13
 „ 12
 „ 11
 „ 10
 „ 9
 „ 8
 „ 7
 „ 6
 „ 5
 „ 4
 „ 3
 „ 2
 „ 1

ne Haare
 Preisen,
 Daarhandlung,
 he 82.
Karlsruhe.
 Kramer, Ju-
 stizrat, — Jose-
 Kar, B. Kar-
 Kaufmann. —
 Elm Friedric-
 Kaufmann.
abrik
 bert
 7289
 3.182.

der Kanzleiaffizienten im Gehaltstarif zur Tagesordnung überzugehen;

16. über die Petition des Verbandes badischer Steuer-einnehmer, Steuerassistenten und Steuerassistentenanwärter, die Einkommensverhältnisse und die Beförderungsvorhältnisse der Steuerassistenten und Steuerassistentenanwärter betr. zur Tagesordnung überzugehen;

17. bei der Petition des Verbandes badischer Steuer-einnehmer, Steuerassistenten sowie Steuerassistentenanwärter, die Einkommensverhältnisse der Bureauhilfen betr. über Punkt 1, soweit die Petition die Bitte um Erhöhung der Anfangsvergütung betrifft zur Tagesordnung überzugehen, Punkt 2, soweit sie die Bitte um Vermeidung der Steuerassistentenstellen betrifft, dieselbe der Regierung als Material zur Kenntnisnahme zu überweisen;

18. über die Petition des badischen Bureau- und Kanzlei-beamtenverbandes um Verbesserung der dienstlichen und Einkommensverhältnisse zur Tagesordnung überzugehen, nur bezüglich des Wunsches nach Errichtung weiterer etatsmäßiger Stellen durch die allgemeinen Beschlüsse für erledigt zu erklären.

Hg. Köhler (natl.): Im Namen der Beamtenschaft habe ich über 25 Petitionen der Vertreter der unteren Beamten im Bereiche der Eisenbahn- und Bodenfedernschiff-fahrtsverwaltung um Verbesserung ihrer Lage zu berichten. Es dürfte sich empfehlen, die Petitionen 2 und 11 am Schlusse zu behandeln. Die Beamtenschaft stellt, wie den Ausführungen des Berichterstatters entnommen sei, folgende Anträge:

1. über die Petition der Güterabgeber der Station Mann-heim um Gewährung von Stellenzulage und um etatsmäßige An-stellung zur Tagesordnung überzugehen;

2. bei der Petition des Verbandes badischer Bremser der bad. Staatseisenbahnverwaltung um Verbesserung ihrer Lage Punkt 1 (Aufhebung der Gehaltsklasse K 3 und Einreihung der Bremser in K 2) sowie Punkt 3 (Vermeidung von vertrags-mäßigen Stellen) durch die allgemeinen Beschlüsse für erledigt zu erklären und Punkt 2 (Gleichstellung bei Berechnung der Fahrt- und Lebernachtgebühren) der Regierung em-pfehlend zu überweisen;

3. die Petition der Hilfswagenrevidenten der großh. bad. Eisenbahnen um etatsmäßige Anstellung als Wagenrevidenten im wesentlichen als durch die Erklärung der Regierung für erledigt zu erklären, die Bitte um Schaffung weiterer Stellen nichtetatsmäßiger Wagenrevidenten für ältere Hilfswagenrevidenten und um Gewährung einer Stellenzulage der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen;

4. die Petition des Vereins bad. Signal- und fahrdienst-leitender Weichenwärter um Gleichstellung mit ihren Kollegen anderer Bundesstaaten und um Verbesserung ihrer Lage über-haupt, soweit sie sich auf eine Verringerung des Gehaltstarifs be-zieht, für erledigt zu erklären, dagegen den Wunsch der Pen-sionisten nach einer Neuregelung bzw. Erhöhung der Fahr-dienstzulage und nach vermehrter Verwendung als Bureauhilfen bzw. als Bureauassistenten unter der Voraussetzung der vor-herigen Erlernung des gesamten Abfertigungsbedienstes der Re-gierung zur Kenntnisnahme zu überweisen;

5. über die Petition der Magazinsaufseher der großh. bad. Staatseisenbahnen um Regelung ihrer Dienstverhältnisse zur Tagesordnung überzugehen;

6. bei der Petition des Landesvereins badischer Schaffner um Regelung bzw. Verringerung ihrer Anstellungs-, Beförderung- und Besoldungsverhältnisse über die Punkte 1 (Stellenvermehrung in der Geh.-Kl. K 1), 2 (Vorrücken nach zwei Jahren mit einer Gehaltszulage von 100 Mk. statt 70 Mk.), 3 (Ver-meidung des Verkehrs nach dreijähriger Dienstleistung als Schaff-ner), 4 (Anrechnung der Dienstjahre vom Tage der Verpflich-tung ab) und 6 (Einreihung der Gepäckaufseher in die Geh.-Klasse J 4) mit der Maßgabe zur Tagesordnung überzugehen, daß die Regierung auf die Schaffung neuer etatsmäßiger Schaff-nerstellen besondere Rücksicht nehme, Punkt 5 (Gleichstellung und gleichzeitige Regelung der Fahrgebühren) der Regierung em-pfehlend zu überweisen;

7. bei der Petition des Verbandes der Stationsvorsteher und Betriebsassistenten der großh. bad. Staatseisenbahnen um Ver-besserung der Dienstverhältnisse dieser Beamten Punkt 1 (Ein-reihung der Stationsvorsteher in Geh.-Kl. G 2h) und III (Auf-nahme von Stellen für untere Bureau- und Abfertigungs-beamte in G 2h) für erledigt zu erklären; Punkt II, soweit er etatsmäßige bezieht, gleichfalls durch die allgemeinen Beschlüsse etatsmäßige bezieht, gleichfalls durch die allgemeinen Beschlüsse für erledigt zu erklären, dagegen über die Forderung der Leber-führung ins etatsmäßige Beamtenverhältnis nach längstens 12 Dienstjahren zur Tagesordnung überzugehen, Punkt II (Wie-dereinführung der früheren Vergütungssätze) der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen;

8. bei der Petition des Verbandes der Stationsvorsteher und Betriebsassistenten der großh. bad. Staatseisenbahnen um höhere Einreihung im Gehaltstarif Punkt 1, soweit die Petition eine Verringerung des Gehaltstarifs und das Vorrücken nach Gehaltsklasse I zehn Jahre nach erfolgter etatsmäßiger Anstellung verlangt, durch die allgemeinen Beschlüsse für erledigt zu er-lären; den Wunsch nach Gewährung einer Stellenzulage als Ausgleich für die ungünstigen Wirkungen des Gehaltstarifs der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen;

9. bei der Petition des Verbandes der Stationsvorsteher und Betriebsassistenten der großh. bad. Staatseisenbahnen um höhere Einreihung im Gehaltstarif Punkt 1, soweit die Petition eine Verringerung des Gehaltstarifs und das Vorrücken nach Gehaltsklasse I zehn Jahre nach erfolgter etatsmäßiger Anstellung verlangt, durch die allgemeinen Beschlüsse für erledigt zu er-lären; den Wunsch nach Gewährung einer Stellenzulage als Ausgleich für die ungünstigen Wirkungen des Gehaltstarifs der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen;

10. bei der Petition des Vereins badischer Stationswärter um Besserstellung über Punkt 1 (Titeländerung) und 2 (Dienst-leidung) zur Tagesordnung überzugehen, Punkt 3 (Einreihung in Geh.-Kl. K 1) durch die allgemeinen Beschlüsse als erledigt zu erklären;

11. bei der Petition des Verbandes badischer Wagenwärter-vereine um Regelung ihrer zukünftigen Dienstverhältnisse und Fahrgebührenfrage anlässlich der Aufhebung der genannten Beamtens-kategorie 1, für erledigt zu erklären; a) den Wunsch der Wagenwärter auf Einreihung nach dem Dienstalter in den Schaffnerdienst; durch die Erklärungen der großh. Regierung und des Budgets; b) den Wunsch nach Verringerung der Wagen-wärter in K 1 des Gehaltstarifs; durch die Erklärungen der Regierung, c) den Wunsch betr. etatsmäßige Anstellung nichtetats-mäßiger Wagenwärter; durch die allgemeinen Beschlüsse der Kommission, d) den Wunsch nach Vermeidung der seitherigen Fahrgebührenfrage bei Leberführung in die Schaffnerstellung; durch den Beschluß zur Petition des Verbandes badischer Bremser; 2. zur Tagesordnung überzugehen über die Forderung betr. Aufnahme der 40 ältesten Wagenwärter in J 4 des Geh.-Tarifs und betr. Erhöhung der tarifmäßigen Zulage von 70 auf 100 Mk.;

12. bei der Petition des Verbandes badischer Bahn-, Weichen- und Signalwärter, die Gehaltsverhältnisse des Wär-terpersonals der badischen Staatseisenbahnen betr. über das Verlangen nach Aufzücken nach Geh.-Kl. K 1 bzw. K 2, Er-höhung der Bezüge des nichtetatsmäßigen und vertragsmäßigen Personals und Anrechnung der Dienstzeit zur Tagesordnung überzugehen, das Verlangen nach jährlichen budgetmäßigen Zu-lagen durch das Budget 1912/13, durch die allgemeinen Be-schlüsse und durch die Beschlüsse des hohen Hauses über den An-trag Kaiser für erledigt zu erklären;

13. bei der Petition des Verbandes badischer Bahn-, Weichen- und Signalwärter, die Gehaltsverhältnisse des Wär-terpersonals der badischen Staatseisenbahnen betr. über das Verlangen nach Aufzücken nach Geh.-Kl. K 1 bzw. K 2, Er-höhung der Bezüge des nichtetatsmäßigen und vertragsmäßigen Personals und Anrechnung der Dienstzeit zur Tagesordnung überzugehen, das Verlangen nach jährlichen budgetmäßigen Zu-lagen durch das Budget 1912/13, durch die allgemeinen Be-schlüsse und durch die Beschlüsse des hohen Hauses über den An-trag Kaiser für erledigt zu erklären;

14. bei der Petition des Verbandes badischer Lokomotiv-beamten um Verringerung des Stellungs-, Anstellungs- und Ein-kommensverhältnisse der badischen Lokomotivbeamten, soweit sie eine Verringerung des Gehaltstarifs verlangt, durch die all-gemeinen Beschlüsse für erledigt zu erklären; über die Forderung des Aufzückens in etatsmäßige Geizerstellen nach dreijähriger ver-tragsmäßiger Geizerzeit und der allmählichen Abschaffung der vertragsmäßigen Anstellung zur Tagesordnung überzugehen mit dem Ansuchen, daß die Regierung eine weitere Leberführung der Geizer in das etatsmäßige Verhältnis vorsehe; die Forderung nach Abschaffung der Kilometergeelder und Rangierstunden so-wie die Forderung über die Stellungs-, Einkommens- und An-stellungsverhältnisse des badischen Lokomotivpersonals der Re-gierung als Material zu überweisen;

15. Petition von 13 Zugemeistern um Regelung ihrer Ge-haltsbezüge: die Regierung soll den Petenten den vom 1. Juli 1908 bis 1. Juli 1910 bezogenen, inzwischen aber ratenweise wieder eingeforderten Mehrgehalt zurückerstatten;

16. die Petition der ehemaligen Anwärter für Wagen-wärterstellen um Verbesserung ihrer Lage durch die Erklärung der Regierung für erledigt zu erklären;

17. bei der Petition des Vereins der technischen Bahn-Unterbeamten und Anwärter um Regelung der Dienst- und Gehaltsverhältnisse dieser Beamten im Dienste der Eisenbahn- und Bodenfedernschiffahrtsverwaltung: das Verlangen nach Einreihung der Werkführer Schaffung weiterer Stellen durch die Erklärung der Regierung für erledigt zu erklären, über das Verlangen nach Anrechnung der über drei Jahre im Arbeiter-verhältnis zugebrachten Dienstzeit zur Tagesordnung über-zugehen, desgleichen über die Forderung nach Gehaltsvorrückung in vertragsmäßigen Beamtenverhältnis; Würdigung der Ein-kommen bei Aufnahme ins vertragsmäßige Beamtenverhältnis; der Regierung als Material zur Kenntnisnahme zu überweisen, Festsetzung des Jahreslohnes; der Regierung empfehlend zu überweisen; Stellenzulage für Hilfswerkführer und Ver-gütung für auswärtige Dienstverrichtungen: für erledigt zu erklären, Einführung von Beamtenauschüssen: empfehlend zu überweisen;

18. die Petition der Vereinigung der Bauaufseher bei der großh. bad. Eisenbahnverwaltung um Einreihung in eine höhere Gehaltsklasse für erledigt zu erklären;

19. die Petition des Vereins der Bureau- und Rechnungs-beamten der Werkstätten und Magazine der großh. bad. Staats-eisenbahn um Verbesserung der Anstellungs- und Gehaltsver-hältnisse der Regierung empfehlend überweisen;

20. über die Petition des Vereins der Amtsdienner bei der bad. Staatseisenbahn und Beseitigung von Härten, welche bei Einführung des neuen Gehaltstarifs eingetreten sind, zur Tagesordnung überzugehen;

21. desgleichen über die Petition des Verbandes badischer Bahn- und Weichenwärter betr. den Vorschlag des Beamtengesetzes und zwar mit der Maßgabe, daß die Regierung alle einge-henden Unterföhrungsgehälter prüfe und ausreichende Unterföhrungen gegebenenfalls gewähre;

22. die Petition des Vereins der Drucker der bad. Staats-eisenbahnen im wesentlichen für erledigt zu erklären und über das Verlangen nach Erhöhung der Höchstvergütung der nicht-etatsmäßigen Drucker zur Tagesordnung überzugehen;

23. die Petition des Vereins badischer Güterassistenten um Verbesserung ihrer Anstellungs- und Einkommensverhältnisse für erledigt zu erklären;

24. bei der Petition des Vereins der Hoch- und Tiefbau-techniker um Verbesserung der Anstellungs- und Einkommens-verhältnisse das Verlangen nach Vermeidung der Stellen für untere technische Beamte für erledigt zu erklären, Abt. 1, Satz 2 der Petition der Regierung in dem Sinne zur Kenntnisnahme zu überweisen, daß eine mögliche Berücksichtigung der Hoch- und Tiefbautechniker bei Schaffung neuer etatsmäßiger Stellen eintrete, über die Forderung nach Erhöhung der jetzigen Höchst-vergütung zur Tagesordnung überzugehen;

25. über die Petition des Vereins badischer Wagenreviden-ten um Verringerung der Einkommensverhältnisse zur Tagesord-nung überzugehen;

26. die Petition des badischen Eisenbahnverbandes (Eis-bahnarbeiter) durch die Annahme der Anträge der Budgetkom-mission für erledigt zu erklären;

27. die Petition des badischen Eisenbahnverbandes (Nachtrag vom 27. Februar) 1. für erledigt zu erklären: a) durch die Annahme der Anträge der Budgetkommission betr. Schaffung etatsmäßiger Stellen für das Rangierpersonal; b) durch die Beschäftigung der Einzelpetitionen: betr. Regelung der Verwendung und Anstellung der Bremser- und Schaffneranwärter, sowie betr. die Gehalts- und Dienstverhältnisse der Lokomotiv- und Reserve-beizer und betr. Mittagspause der Wärter; c) durch die Be-schlüsse des hohen Hauses über den Antrag Kaiser betr. Re-gelung der Dienst- und Ruhezeit; d) durch die allgemeinen Be-schlüsse betr. Regelung der wandelbaren Bezüge, betr. Leber-führung der Rangierstellen von Frauen und Schiebehilfen nach J 3c, betr. Beseitigung der K 3-Klasse, betr. Schaffung von Beförderungsklassen für die Beamten in K 3, betr. Vermeidung etatsmäßiger Stellen und endlich betr. der Elektromechaniker der Elektrizitätswerke; e) durch die Regierungserklärung; betr. Dienstmängel für Wärter und Abföhrer; f) durch § 40 des Be-

amtengesetzes; betr. Anrechnung der pensionsfähigen Dienst-jahre; 2. zur Tagesordnung überzugehen über die Förde-rung der Leberführung der Schiebehilfenbegleiter ins Be-amtenverhältnis, über die Forderung der Lokomotiv- und Re-servebeizer betr. Fortbezahlung des erhöhten Zeitlohns bei der Verwendung im Fahrdienst über die Forderung einer Entlo-sung der Abföhrer nach den Grundsätzen der B. und L. O. und Entschädigung der Dienststunden über zehn Stunden sowie Ein-rechnung des Zu- und Abgangs in den Dienst und vom Dienst, ferner über das Verlangen der Wagenführer; 3. zur Kenntnis-nahme zu überweisen das Verlangen nach Dienstkleidern; 4. empfehlend zu überweisen die Forderung auf Zulassung der Verbandsbeamten zur Vertretung der Beamten;

11. bei der Petition des Verbandes süddeutscher Eisenbahner (Süd-Baden) das Verlangen nach Beseitigung der Geh.-Kl. K 3 und Leberführung der betr. Beamtens-kategorie nach K 2 und 1 für erledigt zu erklären, bezüglich der Forderung nach besserer Regelung der Anstellungsverhältnisse der Regierung den Wunsch zu übermitteln, daß die etatsmäßigen Stellen für Bremser, Schaffner, Geizer und Matrosen derart vermehrt werden, daß den Wünschen der Anwärter dieser Kategorien Rechnung getragen werden kann; B 3 durch die Beschlüsse des hohen Hauses über den Antrag Kaiser betr. Regelung der Dienst- und Ruhe-zeit für erledigt zu erklären und die Forderung nach Schaffung von Beamtenauschüssen der Regierung empfehlend zu über-weisen. Der Berichterstatter bittet, die Anträge anzunehmen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Hg. Schmund (Zentr.) berichtet im Namen der gleichen Kommission über die Petition einer Anzahl von pensionierten Beamten namens der Gesamtheit der vor dem 1. Juli 1908 zurubegabten Beamten um Erhöhung ihres Ausbehalts; die Kommission beantragt, über diese Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Vizepräsident Geiß teilt mit, daß mehrere Anträge einge-gangen seien, die alle von allen Seiten des Hauses unterschrie-ben worden sind, ferner eine ebenfalls von allen Parteien un-terzeichnete Resolution.

Finanzminister Dr. Rheinboldt: Die auffallend große Zahl von Beamtenpetitionen, die dem hohen Hause diesmal wieder zugegangen sind, ist keine sehr erfreuliche Erscheinung. Daß hieraus nicht der Schluß gezogen werden darf, daß die Neuregelung der Gehaltsverhältnisse in Baden eine besonders mangelhafte ist, geht schon daraus hervor, daß auch in anderen Bundesstaaten — auch im Reich — eine ähnliche Erscheinung sich zeigt; ich verweise nur auf das, was die Presse aus Bayern und Sachsen berichtet. Die Regierung wie die beiden Kam-meren dürfen für sich in Anspruch nehmen, daß sie bei der Neu-regelung im Jahre 1908 die beste Absicht und den besten Willen gehabt haben, die Verhältnisse der Beamten so zu ändern, daß allen Interessen in angemessener und ausreichender Weise Rücksicht getragen ist; daß man alle Wünsche erfüllen wird und daß nun eine völlige Zurückbehaltung in den Beamtenkreisen ein-treten wird, hat auch damals niemand geglaubt. Bei der durch Ihre Kommission vorgenommenen Prüfung sind auch die Vor-züge der Gehaltsregulierung anerkannt worden; es ist mir das ein wertvolles Ergebnis der Arbeiten dieser Kommission. Dem vom Abg. Schmund vorgetragenen Zeugnis eines Reichs-postbeamten dafür, daß unsere Beamtenverhältnisse nicht so schlecht sind, als aus den Petitionen geschlossen werden könnte, möchte ich eines aus elbsch-lothringischen Kreisen hinzufügen. (Der Minister verliest einen Artikel im „Bad. Beamtensblatt“.) Ich will nun zu den einzelnen Petitionen und den Bemänge-lungen übergehen; ich kann aber dabei für heute nur auf all-gemeine Fragen eingehen. Wie von dem Berichterstatter Schmund erwähnt worden ist, habe ich bereits in der Kom-mission die Erklärung abgegeben, daß die Regierung es ablehnt, jetzt schon an eine eingehende Verringerung der Gehaltsordnung und des Gehaltstarifs heranzutreten und zwar deshalb, weil sie eine solche Maßnahme für verfrüht erachtet. Die beiden Gesetze sind erst seit dem 1. Juli 1908 in Kraft; sie haben ihren Beherrschungszustand noch nicht erreicht; die damit gemachten Er-fahrungen können noch nicht als so erschöpfend betrachtet wer-den, daß man eine gründliche und befriedigende Revision dar-auf aufbauen könnte. Dazu kommt, daß eine Revision des Ge-haltstarifs voraussichtlich den Beamtenaufwand erheblich stei-gern wird. Nachdem der Staat erst vor wenigen Jahren eine nach vielen Millionen zählende Last für die Beamten auf sich genommen hat, dürfte es nicht angängig sein, jetzt schon wieder eine wesentliche Erhöhung eintreten zu lassen. Ein Mehrauf-wand könnte in dem gegenwärtigen Etat nicht mehr unter-gebracht werden. Die Sache hat ihre zwei Seiten und Pflicht der Regierung ist es, beiden Seiten gleichmäßige Würdigung angedeihen zu lassen. Auf der anderen Seite stehen die Steuer-zahler. Unter diesen befinden sich viele, die in einem anstre-ngeuden Beruf schwerer um das Leben zu kämpfen haben als die Beamten und die Versicherung für ihr Alter und ihre Hinter-liebenen nicht so angenehm haben wie die Beamten. Ich per-sönlich habe die Überzeugung, daß unser Verwaltungsaufwand für unser verhältnismäßig kleines Land viel zu groß ist und zum Teil mit auch deshalb, weil wir zu viele Beamte beschäf-tigen; ich bin der Meinung, daß wir uns auf diesem Gebiete etwas beschränken müssen. Hier könnten wir allerdings vom Kaufmann etwas lernen. Auf diesem Gebiete einen Schritt vorwärts zu machen, ist aber sehr schwer. Ich kann, so leid es mir tut, auch nicht alles machen; am liebsten möchte ich — das wäre auch das bequemste — allen Wünschen entsprechen, aber auch hier gilt das bekannte lateinische Sprüchwort: ultra posse, nemo obligatur. Die Hauptbemängelung, die heute zutage ge-treten ist, ist das Klassenystem. Dieses System hat theoretisch große Vorzüge vor dem einfachen Dienstalterssystem und zwar deshalb, weil es ermöglicht, tüchtigen Beamten, die hervor-ragendes leisten, auch bessere Gehälter zu geben. Das ist ein ganz vernünftiges, natürliches und verständliches Verlangen. Ich habe früher schon angegeben, daß die Durchführung des Klassenystems auf Schwierigkeiten gestoßen ist und insbesondere hat die Spitzenklasse sich als recht schwierig erwiesen. Der Widerstand rührt daher, daß das große Gehalt der Spitzenklasse nicht für alle zu erreichen ist und die oberen Gehaltsklassen nicht von allen Beamten in bestimmter Zeit erreicht werden.

Die Sparmaßnahmen sind nur eine vorübergehende Er-scheinung, eine Erscheinung, die bereits zum Stillstand ge-kommen ist. Wir erkennen an, daß die Anstellungsverhältnisse eines großen Teiles unserer Beamten keineswegs richtig sind. Dieser Zustand ist hervorgerufen durch den großen Zubug zu den staatlichen Stellen, dem die Verwaltung nicht recht-zzeitig gehorcht hat und auch nicht immer wehren konnte aber noch in einzelnen Fällen unterstützt hat aus Gründen, die hier unerörtert bleiben können. Weinade ungünstiger als bei den mittleren Beamten liegen die Verhältnisse bei den akademischen Beamten, die sich aber nicht an das Haus mit Eingaben ge-wendet haben. Eine Zusicherung zu geben, daß die etatsmäßige Anstellung nach fünf Jahren erfolgt, kann unmöglich gegeben werden; Ihre Kommission hat das auch anerkannt. Ich habe schon wiederholt erklärt, daß wir gewillt und bereit sind, hier durch Umwandlung nichtetatsmäßiger Stellen in etatsmäßige weitere Abhilfe zu schaffen. Wir haben diesen Weg beim Hauptetat beschritten und haben im Nachtragsetat einen weite-ren Schritt gemacht; hieraus mögen die beteiligten Kreise er-fehen, daß untererwärts gern geschieht, was berechtigt ist und was in unserer Möglichkeit liegt. Daß es nicht möglich ge-wesen ist, im Nachtragsetat auch für die mittleren Eisenbahn-beamten weitere Stellen anzufordern, ist niemand mehr leid als mir selbst; es war nicht möglich, weil diese Beamten den

amtengehes; betr. Anrechnung der pensionsfähigen Dienst-jahre; 2. zur Tagesordnung überzugehen über die Förde-rung der Leberführung der Schiebehilfenbegleiter ins Be-amtenverhältnis, über die Forderung der Lokomotiv- und Re-servebeizer betr. Fortbezahlung des erhöhten Zeitlohns bei der Verwendung im Fahrdienst über die Forderung einer Entlo-sung der Abföhrer nach den Grundsätzen der B. und L. O. und Entschädigung der Dienststunden über zehn Stunden sowie Ein-rechnung des Zu- und Abgangs in den Dienst und vom Dienst, ferner über das Verlangen der Wagenführer; 3. zur Kenntnis-nahme zu überweisen das Verlangen nach Dienstkleidern; 4. empfehlend zu überweisen die Forderung auf Zulassung der Verbandsbeamten zur Vertretung der Beamten;

11. bei der Petition des Verbandes süddeutscher Eisenbahner (Süd-Baden) das Verlangen nach Beseitigung der Geh.-Kl. K 3 und Leberführung der betr. Beamtens-kategorie nach K 2 und 1 für erledigt zu erklären, bezüglich der Forderung nach besserer Regelung der Anstellungsverhältnisse der Regierung den Wunsch zu übermitteln, daß die etatsmäßigen Stellen für Bremser, Schaffner, Geizer und Matrosen derart vermehrt werden, daß den Wünschen der Anwärter dieser Kategorien Rechnung getragen werden kann; B 3 durch die Beschlüsse des hohen Hauses über den Antrag Kaiser betr. Regelung der Dienst- und Ruhe-zeit für erledigt zu erklären und die Forderung nach Schaffung von Beamtenauschüssen der Regierung empfehlend zu über-weisen. Der Berichterstatter bittet, die Anträge anzunehmen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Hg. Schmund (Zentr.) berichtet im Namen der gleichen Kommission über die Petition einer Anzahl von pensionierten Beamten namens der Gesamtheit der vor dem 1. Juli 1908 zurubegabten Beamten um Erhöhung ihres Ausbehalts; die Kommission beantragt, über diese Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Vizepräsident Geiß teilt mit, daß mehrere Anträge einge-gangen seien, die alle von allen Seiten des Hauses unterschrie-ben worden sind, ferner eine ebenfalls von allen Parteien un-terzeichnete Resolution.

Finanzminister Dr. Rheinboldt: Die auffallend große Zahl von Beamtenpetitionen, die dem hohen Hause diesmal wieder zugegangen sind, ist keine sehr erfreuliche Erscheinung. Daß hieraus nicht der Schluß gezogen werden darf, daß die Neuregelung der Gehaltsverhältnisse in Baden eine besonders mangelhafte ist, geht schon daraus hervor, daß auch in anderen Bundesstaaten — auch im Reich — eine ähnliche Erscheinung sich zeigt; ich verweise nur auf das, was die Presse aus Bayern und Sachsen berichtet. Die Regierung wie die beiden Kam-meren dürfen für sich in Anspruch nehmen, daß sie bei der Neu-regelung im Jahre 1908 die beste Absicht und den besten Willen gehabt haben, die Verhältnisse der Beamten so zu ändern, daß allen Interessen in angemessener und ausreichender Weise Rücksicht getragen ist; daß man alle Wünsche erfüllen wird und daß nun eine völlige Zurückbehaltung in den Beamtenkreisen ein-treten wird, hat auch damals niemand geglaubt. Bei der durch Ihre Kommission vorgenommenen Prüfung sind auch die Vor-züge der Gehaltsregulierung anerkannt worden; es ist mir das ein wertvolles Ergebnis der Arbeiten dieser Kommission. Dem vom Abg. Schmund vorgetragenen Zeugnis eines Reichs-postbeamten dafür, daß unsere Beamtenverhältnisse nicht so schlecht sind, als aus den Petitionen geschlossen werden könnte, möchte ich eines aus elbsch-lothringischen Kreisen hinzufügen. (Der Minister verliest einen Artikel im „Bad. Beamtensblatt“.) Ich will nun zu den einzelnen Petitionen und den Bemänge-lungen übergehen; ich kann aber dabei für heute nur auf all-gemeine Fragen eingehen. Wie von dem Berichterstatter Schmund erwähnt worden ist, habe ich bereits in der Kom-mission die Erklärung abgegeben, daß die Regierung es ablehnt, jetzt schon an eine eingehende Verringerung der Gehaltsordnung und des Gehaltstarifs heranzutreten und zwar deshalb, weil sie eine solche Maßnahme für verfrüht erachtet. Die beiden Gesetze sind erst seit dem 1. Juli 1908 in Kraft; sie haben ihren Beherrschungszustand noch nicht erreicht; die damit gemachten Er-fahrungen können noch nicht als so erschöpfend betrachtet wer-den, daß man eine gründliche und befriedigende Revision dar-auf aufbauen könnte. Dazu kommt, daß eine Revision des Ge-haltstarifs voraussichtlich den Beamtenaufwand erheblich stei-gern wird. Nachdem der Staat erst vor wenigen Jahren eine nach vielen Millionen zählende Last für die Beamten auf sich genommen hat, dürfte es nicht angängig sein, jetzt schon wieder eine wesentliche Erhöhung eintreten zu lassen. Ein Mehrauf-wand könnte in dem gegenwärtigen Etat nicht mehr unter-gebracht werden. Die Sache hat ihre zwei Seiten und Pflicht der Regierung ist es, beiden Seiten gleichmäßige Würdigung angedeihen zu lassen. Auf der anderen Seite stehen die Steuer-zahler. Unter diesen befinden sich viele, die in einem anstre-ngeuden Beruf schwerer um das Leben zu kämpfen haben als die Beamten und die Versicherung für ihr Alter und ihre Hinter-liebenen nicht so angenehm haben wie die Beamten. Ich per-sönlich habe die Überzeugung, daß unser Verwaltungsaufwand für unser verhältnismäßig kleines Land viel zu groß ist und zum Teil mit auch deshalb, weil wir zu viele Beamte beschäf-tigen; ich bin der Meinung, daß wir uns auf diesem Gebiete etwas beschränken müssen. Hier könnten wir allerdings vom Kaufmann etwas lernen. Auf diesem Gebiete einen Schritt vorwärts zu machen, ist aber sehr schwer. Ich kann, so leid es mir tut, auch nicht alles machen; am liebsten möchte ich — das wäre auch das bequemste — allen Wünschen entsprechen, aber auch hier gilt das bekannte lateinische Sprüchwort: ultra posse, nemo obligatur. Die Hauptbemängelung, die heute zutage ge-treten ist, ist das Klassenystem. Dieses System hat theoretisch große Vorzüge vor dem einfachen Dienstalterssystem und zwar deshalb, weil es ermöglicht, tüchtigen Beamten, die hervor-ragendes leisten, auch bessere Gehälter zu geben. Das ist ein ganz vernünftiges, natürliches und verständliches Verlangen. Ich habe früher schon angegeben, daß die Durchführung des Klassenystems auf Schwierigkeiten gestoßen ist und insbesondere hat die Spitzenklasse sich als recht schwierig erwiesen. Der Widerstand rührt daher, daß das große Gehalt der Spitzenklasse nicht für alle zu erreichen ist und die oberen Gehaltsklassen nicht von allen Beamten in bestimmter Zeit erreicht werden.

Die Sparmaßnahmen sind nur eine vorübergehende Er-scheinung, eine Erscheinung, die bereits zum Stillstand ge-kommen ist. Wir erkennen an, daß die Anstellungsverhältnisse eines großen Teiles unserer Beamten keineswegs richtig sind. Dieser Zustand ist hervorgerufen durch den großen Zubug zu den staatlichen Stellen, dem die Verwaltung nicht recht-zzeitig gehorcht hat und auch nicht immer wehren konnte aber noch in einzelnen Fällen unterstützt hat aus Gründen, die hier unerörtert bleiben können. Weinade ungünstiger als bei den mittleren Beamten liegen die Verhältnisse bei den akademischen Beamten, die sich aber nicht an das Haus mit Eingaben ge-wendet haben. Eine Zusicherung zu geben, daß die etatsmäßige Anstellung nach fünf Jahren erfolgt, kann unmöglich gegeben werden; Ihre Kommission hat das auch anerkannt. Ich habe schon wiederholt erklärt, daß wir gewillt und bereit sind, hier durch Umwandlung nichtetatsmäßiger Stellen in etatsmäßige weitere Abhilfe zu schaffen. Wir haben diesen Weg beim Hauptetat beschritten und haben im Nachtragsetat einen weite-ren Schritt gemacht; hieraus mögen die beteiligten Kreise er-fehen, daß untererwärts gern geschieht, was berechtigt ist und was in unserer Möglichkeit liegt. Daß es nicht möglich ge-wesen ist, im Nachtragsetat auch für die mittleren Eisenbahn-beamten weitere Stellen anzufordern, ist niemand mehr leid als mir selbst; es war nicht möglich, weil diese Beamten den

amtengehes; betr. Anrechnung der pensionsfähigen Dienst-jahre; 2. zur Tagesordnung überzugehen über die Förde-rung der Leberführung der Schiebehilfenbegleiter ins Be-amtenverhältnis, über die Forderung der Lokomotiv- und Re-servebeizer betr. Fortbezahlung des erhöhten Zeitlohns bei der Verwendung im Fahrdienst über die Forderung einer Entlo-sung der Abföhrer nach den Grundsätzen der B. und L. O. und Entschädigung der Dienststunden über zehn Stunden sowie Ein-rechnung des Zu- und Abgangs in den Dienst und vom Dienst, ferner über das Verlangen der Wagenführer; 3. zur Kenntnis-nahme zu überweisen das Verlangen nach Dienstkleidern; 4. empfehlend zu überweisen die Forderung auf Zulassung der Verbandsbeamten zur Vertretung der Beamten;

11. bei der Petition des Verbandes süddeutscher Eisenbahner (Süd-Baden) das Verlangen nach Beseitigung der Geh.-Kl. K 3 und Leberführung der betr. Beamtens-kategorie nach K 2 und 1 für erledigt zu erklären, bezüglich der Forderung nach besserer Regelung der Anstellungsverhältnisse der Regierung den Wunsch zu übermitteln, daß die etatsmäßigen Stellen für Bremser, Schaffner, Geizer und Matrosen derart vermehrt werden, daß den Wünschen der Anwärter dieser Kategorien Rechnung getragen werden kann; B 3 durch die Beschlüsse des hohen Hauses über den Antrag Kaiser betr. Regelung der Dienst- und Ruhe-zeit für erledigt zu erklären und die Forderung nach Schaffung von Beamtenauschüssen der Regierung empfehlend zu über-weisen. Der Berichterstatter bittet, die Anträge anzunehmen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Hg. Schmund (Zentr.) berichtet im Namen der gleichen Kommission über die Petition einer Anzahl von pensionierten Beamten namens der Gesamtheit der vor dem 1. Juli 1908 zurubegabten Beamten um Erhöhung ihres Ausbehalts; die Kommission beantragt, über diese Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Vizepräsident Geiß teilt mit, daß mehrere Anträge einge-gangen seien, die alle von allen Seiten des Hauses unterschrie-ben worden sind, ferner eine ebenfalls von allen Parteien un-terzeichnete Resolution.

Finanzminister Dr. Rheinboldt: Die auffallend große Zahl von Beamtenpetitionen, die dem hohen Hause diesmal wieder zugegangen sind, ist keine sehr erfreuliche Erscheinung. Daß hieraus nicht der Schluß gezogen werden darf, daß die Neuregelung der Gehaltsverhältnisse in Baden eine besonders mangelhafte ist, geht schon daraus hervor, daß auch in anderen Bundesstaaten — auch im Reich — eine ähnliche Erscheinung sich zeigt; ich verweise nur auf das, was die Presse aus Bayern und Sachsen berichtet. Die Regierung wie die beiden Kam-meren dürfen für sich in Anspruch nehmen, daß sie bei der Neu-regelung im Jahre 1908 die beste Absicht und den besten Willen gehabt haben, die Verhältnisse der Beamten so zu ändern, daß allen Interessen in angemessener und ausreichender Weise Rücksicht getragen ist; daß man alle Wünsche erfüllen wird und daß nun eine völlige Zurückbehaltung in den Beamtenkreisen ein-treten wird, hat auch damals niemand geglaubt. Bei der durch Ihre Kommission vorgenommenen Prüfung sind auch die Vor-züge der Gehaltsregulierung anerkannt worden; es ist mir das ein wertvolles Ergebnis der Arbeiten dieser Kommission. Dem vom Abg. Schmund vorgetragenen Zeugnis eines Reichs-postbeamten dafür, daß unsere Beamtenverhältnisse nicht so schlecht sind, als aus den Petitionen geschlossen werden könnte, möchte ich eines aus elbsch-lothringischen Kreisen hinzufügen. (Der Minister verliest einen Artikel im „Bad. Beamtensblatt“.) Ich will nun zu den einzelnen Petitionen und den Bemänge-lungen übergehen; ich kann aber dabei für heute nur auf all-gemeine Fragen eingehen. Wie von dem Berichterstatter Schmund erwähnt worden ist, habe ich bereits in der Kom-mission die Erklärung abgegeben, daß die Regierung es ablehnt, jetzt schon an eine eingehende Verringerung der Gehaltsordnung und des Gehaltstarifs heranzutreten und zwar deshalb, weil sie eine solche Maßnahme für verfrüht erachtet. Die beiden Gesetze sind erst seit dem 1. Juli 1908 in Kraft; sie haben ihren Beherrschungszustand noch nicht erreicht; die damit gemachten Er-fahrungen können noch nicht als so erschöpfend betrachtet wer-den, daß man eine gründliche und befriedigende Revision dar-auf aufbauen könnte. Dazu kommt, daß eine Revision des Ge-haltstarifs voraussichtlich den Beamtenaufwand erheblich stei-gern wird. Nachdem der Staat erst vor wenigen Jahren eine nach vielen Millionen zählende Last für die Beamten auf sich genommen hat, dürfte es nicht angängig sein, jetzt schon wieder eine wesentliche Erhöhung eintreten zu lassen. Ein Mehrauf-wand könnte in dem gegenwärtigen Etat nicht mehr unter-gebracht werden. Die Sache hat ihre zwei Seiten und Pflicht der Regierung ist es, beiden Seiten gleichmäßige Würdigung angedeihen zu lassen. Auf der anderen Seite stehen die Steuer-zahler. Unter diesen befinden sich viele, die in einem anstre-ngeuden Beruf schwerer um das Leben zu kämpfen haben als die Beamten und die Versicherung für ihr Alter und ihre Hinter-liebenen nicht so angenehm haben wie die Beamten. Ich per-sönlich habe die Überzeugung, daß unser Verwaltungsaufwand für unser verhältnismäßig kleines Land viel zu groß ist und zum Teil mit auch deshalb, weil wir zu viele Beamte beschäf-tigen; ich bin der Meinung, daß wir uns auf diesem Gebiete etwas beschränken müssen. Hier könnten wir allerdings vom Kaufmann etwas lernen. Auf diesem Gebiete einen Schritt vorwärts zu machen, ist aber sehr schwer. Ich kann, so leid es mir tut, auch nicht alles machen; am liebsten möchte ich — das wäre auch das bequemste — allen Wünschen entsprechen, aber auch hier gilt das bekannte lateinische Sprüchwort: ultra posse, nemo obligatur. Die Hauptbemängelung, die heute zutage ge-treten ist, ist das Klassenystem. Dieses System hat theoretisch große Vorzüge vor dem einfachen Dienstalterssystem und zwar deshalb, weil es ermöglicht, tüchtigen Beamten, die hervor-ragendes leisten, auch bessere Gehälter zu geben. Das ist ein ganz vernünftiges, natürliches und verständliches Verlangen. Ich habe früher schon angegeben, daß die Durchführung des Klassenystems auf Schwierigkeiten gestoßen ist und insbesondere hat die Spitzenklasse sich als recht schwierig erwiesen. Der Widerstand rührt daher, daß das große Gehalt der Spitzenklasse nicht für alle zu erreichen ist und die oberen Gehaltsklassen nicht von allen Beamten in bestimmter Zeit erreicht werden.

Die Sparmaßnahmen sind nur eine vorübergehende Er-scheinung, eine Erscheinung, die bereits zum Stillstand ge-kommen ist. Wir erkennen an, daß die Anstellungsverhältnisse eines großen Teiles unserer Beamten keineswegs richtig sind. Dieser Zustand ist hervorgerufen durch den großen Zubug zu den staatlichen Stellen, dem die Verwaltung nicht recht-zzeitig gehorcht hat und auch nicht immer wehren konnte aber noch in einzelnen Fällen unterstützt hat aus Gründen, die hier unerörtert bleiben können. Weinade ungünstiger als bei den mittleren Beamten liegen die Verhältnisse bei den akademischen Beamten, die sich aber nicht an das Haus mit Eingaben ge-wendet haben. Eine Zusicherung zu geben, daß die etatsmäßige Anstellung nach fünf Jahren erfolgt, kann unmöglich gegeben werden; Ihre Kommission hat das auch anerkannt. Ich habe schon wiederholt erklärt, daß wir gewillt und bereit sind, hier durch Umwandlung nichtetatsmäßiger Stellen in etatsmäßige weitere Abhilfe zu schaffen. Wir haben diesen Weg beim Hauptetat beschritten und haben im Nachtragsetat einen weite-ren Schritt gemacht; hieraus mögen die beteiligten Kreise er-fehen, daß untererwärts gern geschieht, was berechtigt ist und was in unserer Möglichkeit liegt. Daß es nicht möglich ge-wesen ist, im Nachtragsetat auch für die mittleren Eisenbahn-beamten weitere Stellen anzufordern, ist niemand mehr leid als mir selbst; es war nicht möglich, weil diese Beamten den

amtengehes; betr. Anrechnung der pensionsfähigen Dienst-jahre; 2. zur Tagesordnung überzugehen über die Förde-rung der Leberführung der Schiebehilfenbegleiter ins Be-amtenverhältnis, über die Forderung der Lokomotiv- und Re-servebeizer betr. Fortbezahlung des erhöhten Zeitlohns bei der Verwendung im Fahrdienst über die Forderung einer Entlo-sung der Abföhrer nach den Grundsätzen der B. und L. O. und Entschädigung der Dienststunden über zehn Stunden sowie Ein-rechnung des Zu- und Abgangs in den Dienst und vom Dienst, ferner über das Verlangen der Wagenführer; 3. zur Kenntnis-nahme zu überweisen das Verlangen nach Dienstkleidern; 4. empfehlend zu überweisen die Forderung auf Zulassung der Verbandsbeamten zur Vertretung der Beamten;

11. bei der Petition des Verbandes süddeutscher Eisenbahner (Süd-Baden) das Verlangen nach Beseitigung der Geh.-Kl. K 3 und Leberführung der betr. Beamtens-kategorie nach K 2 und 1 für erledigt zu erklären, bezüglich der Forderung nach besserer Regelung der Anstellungsverhältnisse der Regierung den Wunsch zu übermitteln, daß die etatsmäßigen Stellen für Bremser, Schaffner, Geizer und Matrosen derart vermehrt werden, daß den Wünschen der Anwärter dieser Kategorien Rechnung getragen werden kann; B 3 durch die Beschlüsse des hohen Hauses über den Antrag Kaiser betr. Regelung der Dienst- und Ruhe-zeit für erledigt zu erklären und die Forderung nach Schaffung von Beamtenauschüssen der Regierung empfehlend zu über-weisen. Der Berichterstatter bittet, die Anträge anzunehmen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Hg. Schmund (Zentr.) berichtet im Namen der gleichen Kommission über die Petition einer Anzahl von pensionierten Beamten namens der Gesamtheit der vor dem 1. Juli 1908 zurubegabten Beamten um Erhöhung ihres Ausbehalts; die Kommission beantragt, über diese Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Vizepräsident Geiß teilt mit, daß mehrere Anträge einge-gangen seien, die alle von allen Seiten des Hauses unterschrie-ben worden sind, ferner eine ebenfalls von allen Parteien un-terzeichnete Resolution.

Finanzminister Dr. Rheinboldt: Die auffallend große Zahl von Beamtenpetitionen, die dem hohen Hause diesmal wieder zugegangen sind, ist keine sehr erfreuliche Erscheinung. Daß hieraus nicht der Schluß gezogen werden darf, daß die Neuregelung der Gehaltsverhältnisse in Baden eine besonders mangelhafte ist, geht schon daraus hervor, daß auch in anderen Bundesstaaten — auch im Reich — eine ähnliche Erscheinung sich zeigt; ich verweise nur auf das, was die Presse aus Bayern und Sachsen berichtet. Die Regierung wie die beiden Kam-meren dürfen für sich in Anspruch nehmen, daß sie bei der Neu-regelung im Jahre 1908 die beste Absicht und den besten Willen gehabt haben, die Verhältnisse der Beamten so zu ändern, daß allen Interessen in angemessener und ausreichender Weise Rücksicht getragen ist; daß man alle Wünsche erfüllen wird und daß nun eine völlige Zurückbehaltung in den Beamtenkreisen ein-treten wird, hat auch damals niemand geglaubt. Bei der durch Ihre Kommission vorgenommenen Prüfung sind auch die Vor-züge der Gehaltsregulierung anerkannt worden; es ist mir das ein wertvolles Ergebnis der Arbeiten dieser Kommission. Dem vom Abg. Schmund vorgetragenen Zeugnis eines Reichs-postbeamten dafür, daß unsere Beamtenverhältnisse nicht so schlecht sind, als aus den Petitionen geschlossen werden könnte, möchte ich eines aus elbsch-lothringischen Kreisen hinzufügen. (Der Minister verliest einen Artikel im „Bad. Beamtensblatt“.) Ich will nun zu den einzelnen Petitionen und den Bemänge-lungen übergehen; ich kann aber dabei für heute nur auf all-gemeine Fragen eingehen. Wie von dem Berichterstatter Schmund erwähnt worden ist, habe ich bereits in der Kom-mission die Erklärung abgegeben, daß die Regierung es ablehnt, jetzt schon an eine eingehende Verringerung der Gehaltsordnung und des Gehaltstarifs heranzutreten und zwar deshalb, weil sie eine solche Maßnahme für verfrüht erachtet. Die beiden Gesetze sind erst seit dem 1. Juli 1908 in Kraft; sie haben ihren Beherrschungszustand noch nicht erreicht; die damit gemachten Er-fahrungen können noch nicht als so erschöpfend betrachtet wer-den, daß man eine gründliche und befriedigende Revision dar-auf aufbauen könnte. Dazu kommt, daß eine Revision des Ge-haltstarifs voraussichtlich den Beamtenaufwand erheblich stei-gern wird. Nachdem der Staat erst vor wenigen Jahren eine nach vielen Millionen zählende Last für die Beamten auf sich genommen hat, dürfte es nicht angängig sein, jetzt schon wieder eine wesentliche Erhöhung eintreten zu lassen. Ein Mehrauf-wand könnte in dem gegenwärtigen Etat nicht mehr unter-gebracht werden. Die Sache hat ihre zwei Seiten und Pflicht der Regierung ist es, beiden Seiten gleichmäßige Würdigung angedeihen zu lassen. Auf der anderen Seite stehen die Steuer-zahler. Unter diesen befinden sich viele, die in einem anstre-ngeuden Beruf schwerer um das Leben zu kämpfen haben als die Beamten und die Versicherung für ihr Alter und ihre Hinter-liebenen nicht so angenehm haben wie die Beamten. Ich per-sönlich habe die Überzeugung, daß unser Verwaltungsaufwand für unser verhältnismäßig kleines Land viel zu groß ist und zum Teil mit auch deshalb, weil wir zu viele Beamte beschäf-tigen; ich bin der Meinung, daß wir uns auf diesem Gebiete etwas beschränken müssen. Hier könnten wir allerdings vom Kaufmann etwas lernen. Auf diesem Gebiete einen Schritt vorwärts zu machen, ist aber sehr schwer. Ich kann, so leid es mir tut, auch nicht alles machen; am liebsten möchte ich — das wäre auch das bequemste — allen Wünschen entsprechen, aber auch hier gilt das bekannte lateinische Sprüchwort: ultra posse, nemo obligatur. Die Hauptbemängelung, die heute zutage ge-treten ist, ist das Klassenystem. Dieses System hat theoretisch große Vorzüge vor dem einfachen Dienstalterssystem und zwar deshalb, weil es ermöglicht, tüchtigen Beamten, die hervor-ragendes leisten, auch bessere Gehälter zu geben. Das ist ein ganz vernünftiges, natürliches und verständliches Verlangen. Ich habe früher schon angegeben, daß die Durchführung des Klassenystems auf Schwierigkeiten gestoßen ist und insbesondere hat die Spitzenklasse sich als recht schwierig erwiesen. Der Widerstand rührt daher, daß das große Gehalt der Spitzenklasse nicht für alle zu erreichen ist und die oberen Gehaltsklassen nicht von allen Beamten in bestimmter Zeit erreicht werden.

Die Sparmaßnahmen sind nur eine vorübergehende Er-scheinung, eine Erscheinung, die bereits zum Stillstand ge-kommen ist. Wir erkennen an, daß die Anstellungsverhältnisse eines großen Teiles unserer Beamten keineswegs richtig sind. Dieser Zustand ist hervorgerufen durch den großen Zubug zu den staatlichen Stellen, dem die Verwaltung nicht recht-zzeitig gehorcht hat und auch nicht immer wehren konnte aber noch in einzelnen Fällen unterstützt hat aus Gründen, die hier unerörtert bleiben können. Weinade

Aus dem Lande.

Durlach.

Ein Lesabend findet morgen Mittwoch abend im „Krokolob“ (Nebenzimmer) statt. Die Delegierten werden Bericht erstatten von der Karlsruher Frauenkonferenz. Wir erwarten, daß unsere Genossinnen möglichst zahlreich erscheinen, umso mehr als dies bis zum Herbst der letzte Lesabend sein wird.

Ettlingen.

Der Bab. Landmann ist doch ein Unikum. Er regt sich darüber auf, daß in unserer Versammlung in der städtischen Festhalle am Donnerstag abend Genosse Schübeler, Stadtrat in Forzheim spricht, und meint, dieser Mann kenne doch die Ettlinger Verhältnisse gar nicht, es werde deshalb „niemand auf den Reim kriechen“. Na, gut! Ein paar Zeilen oberhalb dieser Notiz lesen wir aber im „Landmann“: „Wie aus dem Informaten teil ersichtlich, findet Dienstag, den 2. Juli, abends 7/9 Uhr, eine Zentrumsversammlung im Sonnenstube hier statt. Als Redner sind die Herren Landtagsabgeordneter Landgerichtsrat Wittenmann und Oberrevisor Trentle aus Karlsruhe gewonnen worden.“

Ei, ei! Was verstehen denn diese Herren von den Ettlinger Verhältnissen? Berehter! merkt du denn immer noch nicht, wie tollpatschig du bist?

Offenburg.

In der Brauerei Mumbinger streifen sämtliche Arbeiter. Buszug ist streng fernzuhalten.

Brauereiarbeiterverband.

Wöfingen, 2. Juli. Gestern nachmittag stürzte auf der Bahnstrecke zwischen Wöfingen und Dürrenbüchig der Bahnarbeiter Ernst Schmitt von einem Gerüst an der Brücke 19 Meter hoch ab und zog sich anscheinend schwere innere Verletzungen zu, die es fraglich erscheinen lassen, ob er mit dem Leben davon kommt. Er kam zunächst nach Bretten und wurde dann nach Karlsruhe überführt.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 2. Juli.

Der Inhaber des Café Bauer, Herr Hermann Wolff, hat es für gut befunden, das Publikum über den in seinem Etablissement ausgebrochenen Kellnerstreik nach seiner Art „aufzuklären“. Man muß sich nur wundern, daß Herr Wolff sich nicht scheute, in aller Öffentlichkeit, durch die Presse, festzustellen, daß „seine Kellner“ ihn wegen Rückvergütung der Kranken- und Invalidenversicherungsbeiträge, wegen Rückvergütung des sogenannten Bruchgeldes verklagen müßten. Für andere Arbeitgeber ist es etwas Selbstverständliches, daß sie den ihnen nach dem Gesetz zukommenden Anteil an den Versicherungsbeiträgen bezahlen, Herr Wolff aber muß dazu erst im Klageweg gezwungen werden. Herr Wolff scheint sich auch nicht, vor aller Öffentlichkeit zu bekennen, daß er seinen Kellnern weder Verfügung noch Lohn gewährt, daß sie also völlig auf das Trinkgeld angewiesen sind, daß er mithin die Entlohnung der Kellner, die für ihn arbeiten, ganz und gar dem Publikum überläßt. Wir beneiden Herrn Wolff nicht am seinen „Bekennermut“.

Wenn Herr Wolff damit zu paradiere versucht, daß der Kellner Soifa ein Einkommen von 2000 bis 3000 Mk. aus Trinkgeldern gehabt habe, so ist das ein sehr mißlungener Versuch der Reiniwaschung. Abgesehen davon, daß die Differenz zwischen den hier angegebenen Summen eine sehr große ist, hat ja Herr Wolff die Aufbringung dieser 2-3000 Mk. seinen Gästen überlassen, dann aber war Soifa der Stellvertreter des Herrn Wolff und für einen so verantwortungsvollen Posten wäre eine Bezahlung von 3000 Mk. gewiß nicht zu hoch. Herr Wolff aber hat selbst seinem Stellvertreter keinen Pfennig Gehalt bezahlt!

Herr Wolff behauptet, die Entscheidung in der Klagesache sei noch nicht erfolgt. Das ist nicht ganz wahr. Das Gewerbegericht Karlsruhe hat bereits entschieden und hat den Klägern teilweise Recht gegeben. Jetzt ist die Sache beim Landgericht anhängig, und zwar haben die Kläger wie der Beklagte Berufung eingelegt. Wie die endgültige Entscheidung auch ausfallen mag, Vorbeeren sind für Herrn Wolff bei diesem Streit nicht zu holen.

Die Gründe, die Herr Wolff in seiner „Meine Kellner“ überschriebenen Erklärung für die Kündigung angibt, sind recht fadenförmig. Was in den beim Landgericht eingereichten Schriftsätzen gegenüber Herrn Wolff behauptet wird, wurde ihm schon vor dem Gewerbegericht entgegengehalten. Damals erklärte er auf sein Wort, daß er die Kellner wegen des Rechtsstreits nicht entlassen werde, jetzt aber schickt er ihnen die Kündigung! Jetzt auf einmal ist das Ehrgefühl des Herrn Wolff verletzt. Als unrichtig muß auch die in der Wolffschen Erklärung enthaltene Behauptung bezeichnet werden, daß den Kellnern mit dem letzten Arbeitstermin am 15. Juli gekündigt worden sei. Im Kündigungsschreiben vom 26. Juni ist ein letzter Arbeitstermin nicht bestimmt. Da Kündigung durch ausdrückliche Vereinbarung ausgeschlossen war, mußte die Kündigung als Entlassung aufgefaßt werden, besonders nachdem alle Vermittlungsversuche an dem Starrsinn des Herrn Wolff gescheitert waren.

Die Kellner können das Urteil über die Berechtigung ihres Vorgehens in aller Ruhe dem Publikum überlassen. Der Stand der Bewegung ist bis jetzt ein guter. Bisher gelang es, die von Herrn Wolff zu Hilfe gerufenen Arbeitswilligen fernzuhalten bzw. sie wieder zum Verlassen des Betriebes zu bewegen. Wenn das auch ferner gelingt — und dazu sollte die ganze Arbeiterschaft und alle Freunde der Arbeiterfrage mit beitragen — so wird Herr Wolff wohl einsehen müssen, daß er besser getan hätte, wenn er die goldenen Brücken betreten hätte, die man ihm gebaut hatte, anstatt in aller Öffentlichkeit das Bekenntnis ablegen zu müssen, daß in seinem Betriebe Verhältnisse bestehen, die der ärmste Flickschuster seinen Gefellen nicht zu bieten wagt.

Zum Streik im Café Bauer.

Die wegen Rückzahlung der Versicherungsbeiträge, des Bruchgeldes, Zuträgergeldes usw. klagenden Kellner im Café Bauer erhielten die Kündigung, obwohl der Inhaber des Cafés, Herr Wolff, sein Wort gegeben hatte, daß er wegen der gegen ihn erhobenen Klage keinen der Kläger entlassen werde. Die Folge war, daß die Kellner am Sonntag mittag die Arbeit niederlegten.

Das im Klageweg geltend gemachte Verlangen der Kellner im Café Bauer muß als berechtigt anerkannt werden, wie demselben ja auch in einem Urteil des Gewerbegerichts Karlsruhe in der Hauptsache Rechnung getragen ist.

Wir richten deshalb an das gesamte Publikum die Aufforderung, die um ihr Recht kämpfenden Kellner zu unterstützen; ganz besonders muß von der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiterschaft erwartet werden, daß sie sich mit den im Ausstand befindlichen Kellnern solidarisch erklärt und dieselben durch Fernhaltung von Arbeitswilligen und sonst in jeder Weise unterstützt.

Das Gewerkschaftskartell Karlsruhe.

Ein wenig lebenswürdiger Brauereidirektor. Vom Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter wird uns geschrieben: Der Herr Brauereidirektor Otto Düll der Mühlburger Brauerei hat in letzter Zeit Umgangsformen angenommen, die lebhaft an den preußischen Kasernenhof erinnern. Mitten auf dem Hof schreibt er die Arbeiter an, wie es nur auf einem Kasernenhof üblich ist. Sein erstes Wort ist natürlich das Hinausschmeißen. So hat er in letzter Zeit drei Arbeiter hinausgeschmissen. Warum das, wird der Herr Direktor wohl selbst nicht wissen. Als er von seiner Wut sich erholt hatte, stellte er zwei wieder ein. Einer davon mußte wieder mit Einstellungslohn anfangen. Das scheint der Zweck der Hinausschmeißerei gewesen zu sein. Sonst würde der Herr Direktor nicht den Arbeitern den Lohn vorhalten. Es steht dies diesem Herrn sehr schlecht an, der 18 000 Mk. Pensionsrenten einsteckt. Den ganzen Tag werden die Arbeiter vom Fenster aus beobachtet. Die Arbeiter verbiten sich eine solche Zuchtmaßnahme. Wenn es so weiter geht, dann wird es noch Mittel geben, einer solch unwürdigen Behandlung entgegenzutreten.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

Stadtpark-Theater. Heute geht als dritte Vorstellung Zellers „Vogelhändler“ in Szene. Diese Operette erscheint seit längeren Jahren wieder auf dem Spielplan und dürfte deshalb größerem Interesse begegnen. Die Damen: Conti, Fiebigler und Richter, die Herren: Amber, Lamberg und Richter versprechen einen guten Abend. Herr Ludwig vom Neuen Operetten-Theater in Berlin debütiert in Karlsruhe als Stanislaus. — Für Mittwoch ist eine Aufführung von „Flebermaus“ und für Donnerstag eine der altbewährten „Luftigen Witwe“ vorgesehen.

Letzte Nachrichten.

Ueber eine unerhörte Brüskierung der Presse wissen bürgerliche Blätter zu berichten. Im weiteren Verlauf der geistigen Veranstaltungen des Verbandes Badischer Militärvereine in Konstanz ereignete sich ein Zwischenfall, der die bürgerlichen Presseberichterstattung veranlaßte, die Berichterstattung über den Verbandstag einzustellen. Bei den Veranstaltungen im Regierungsgebäude kam, bevor der Großherzog anlangte, der Generalmajor Anhäuser auf die Pressevertreter zu und fragte, ob sie im Besitze von Einladungen seien. Diese Frage wurde bejaht. Generalleutnant Britsch forderte dann darauf die Vertreter der Presse auf, den Saal sofort zu verlassen. Sie folgten dieser Aufforderung, stellten aber auch die weitere Berichterstattung über den Verbandstag ein.

Erkrankung.

Sasbach, 1. Juli. Der Reichstagsabgeordnete Prälat Rander ist seit einiger Zeit an einem Magenleiden nicht unbedenklich erkrankt. Prälat Rander ist nahezu 82 Jahre alt.

Todesfall.

München, 1. Juli. Der Reichstagsabgeordnete für den Wahlkreis Pfarrkirchen in Niederbayern, Benedikt Bachmeier, Gutsbesitzer in Wittelhaarbach, ist in der vergangenen Nacht an Herzbeutel-Eitzündung, im Alter von 60 Jahren gestorben. Bachmeier vertrat den Wahlkreis Pfarrkirchen im Reichstag von 1903 bis 1906 und dann seit den letzten Wahlen im Januar ds. Js. Außerdem hat er denselben Wahlkreis von 1893 bis 1905 im bayerischen Landtag vertreten. Bachmeier war Mitglied des bayerischen Bauernbundes.

Reichstagsstichwahl.

Grebesmühlen, 1. Juli. Das Gesamt-Wahlresultat der Stichwahl in Hagenow-Grebesmühlen ist folgendes: Sibovich (fortsch. Vp.) 9456, Pauli (kons.) 7153 Stimmen. Sibovich ist demnach mit einer Mehrheit von 2303 Stimmen gewählt.

Der serbische Ministerpräsident †.

Belgrad, 1. Juli. Ministerpräsident Milowanowitsch ist heute früh gestorben.

Sozialisten-Kongreß.

Brüssel, 1. Juli. Gestern hat in Brüssel der außerordentliche Kongreß der sozialdemokratischen Partei stattgefunden, der über den Generalstreik beraten sollte. 994 Parteivereinigungen waren mit 1500 Delegierten vertreten. Eine Tagesordnung wurde angenommen, die die Kammer-Abgeordneten verpflichtet, sofort nach Eröffnung des neuen Parlaments einen Antrag auf Aenderung der Verfassung einzubringen und das allgemeine Stimmrecht in dieser Verfassungsänderung zu verlangen. Ferner wurde als Kampfmittel der Generalstreik beschlossen, jedoch jede Festsetzung des Zeitpunktes vermieden.

Gärung in der Türkei.

Paris, 1. Juli. Einem Telegramm aus Konstantinopel zufolge gewinnt die Empörung unter den albanesischen Soldaten immer mehr an Ausdehnung. Fast täglich gehen türkische Offiziere zu den Rebellen über. In Bera wurden zwei türkische Offiziere ermordet, die sich weigerten, mit den aufständischen Albanesen gemeinsame Sache zu machen. Ein Komitee, das versucht, den abgesetzten Sultan Abdul Hamid wieder auf den Thron zu bringen, läßt Broschüren zur Propaganda für ihren Gedanken verbreiten.

Wasserstand des Rheins.

2. Juli.
Süsterinsel 2.94 m, gef. 9 cm, Rehl 3.64 m, gef. 4 cm, Magau 5.33 m, gef. 7 cm, Mannheim 4.63 m, gef. 2 cm.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Sängerbund Vorwärts.) Heute Dienstag und Donnerstag abend Gesamt-Singstunde. 1. und 2. Tenöre haben heute abend um halb 9 Uhr und 1. und 2. Basses am Donnerstag abend um halb 9 Uhr vollständig zu erscheinen.

Durlach. (Frauenlesabend.) Mittwoch, 3. Juli, abends halb 9 Uhr, im „Krokolob“; Lesabend, Bericht von der Frauenkonferenz Karlsruhe.
Bruchsal. (Arbeitergesangsverein „Saxonia“) Mittwoch, nach der Singstunde: Vierteljahres-Versammlung.
Eggenstein. (Sog. Verein.) Mittwoch, 3. Juli, abends 9 Uhr, findet die Mitgliederversammlung im Lokal zur „Linde“ statt. Es ist Pflicht eines jeden Mitglieds, zu erscheinen.

95 Pf.
1,85
2,85

Die drei Einheits-Preise unserer Serien-Tage.

Wir bieten Aussergewöhnliches

Geschw. Knopf

Konsumverein für Offenburg und Umgebung (E. G. m. b. H.)

Mittwoch, den 10. Juli, abends 8 Uhr im Saale der „Neuen Pfalz“ (Halbich)

anberord. Generalversammlung.

Tagesordnung:

Antrag des Vorstandes und Aufsichtsrates: Anschluß des Konsumvereins für Offenburg und Umgebung an den Konsumverein für Straßburg und Umgebung.

Zu zahlreichem Besuche ladet ein

Der Aufsichtsrat:
J. Birle.

Handelschule

der Abteilung I des Bad. Frauenvereins
Karlsruhe.

Beginn eines neuen Schuljahres mit 32 Wochenstunden
Mitte September ds. Js.

Die Unterrichtsfächer sind: Deutscher Briefwechsel und Kontoarbeiten, Handels- und Bürgerkunde, Handels-, Wechsel- und Scheckrecht, kaufmännisches Rechnen, Buchführung (einfach, doppelt und amerikanisch), Wirtschaftsgeographie, Fremdsprachen, Rund- und Plakatdrift, Stenographie und Maschinenschreiben.

Fraulein, die beabsichtigen nur an einzelnen Unterrichtsgegenständen teilzunehmen, ist Gelegenheit geboten, die gewünschte Ausbildung in den gewählten Fächern sich zu verschaffen.

Auswärtige Schülerinnen können in der Anstalt volle Pension erhalten.

Anmeldungen werden an die unterzeichnete Stelle erbeten, wofür auch die Bedingungen zu haben sind und jede gewünschte Auskunft gerne erteilt wird.

Der Vorstand der Abteilung I,
Karlsruhe, Gartenstraße 49.

Billige Schuhwaren!

Einen grossen Posten

Kinderstiefel

in braun und schwarz mit und ohne Lackkappen nur prima Ware, habe so lange Vorrat, abzugeben. Ferner Herren- und Damenstiefel sowie Sandalen in allen Grössen.

W. Krüger, Auktionsgeschäft und Schuhlager
Adlerstrasse Nr. 40.

In die Ferien



— geht's mit frohem, Sorgenlosem, freiem Schritt,
Denn er nahm für seine Schuhe Das gewohnte Erdal mit!

Erdal.

Vertreter: Carl Halbich, Inh.: C. Halbich und Arthur Gähne, Karlsruhe, Viktoriastr. 6, Telephon 2067.

Sozialdemokratische Partei Durlach.

Donnerstag, den 4. Juli, im Saale des „Grünen Hof“

Öffentl. Volksversammlung

Thema:

Die Reichspolitik.

Referent: Abgeordneter Dr. Frank, Mannheim.

Hierzu ist jedermann freundlichst eingeladen.

Die sozialdemokr. Parteileitung.

Inventur-Räumungs-Verkauf

beginnt

Mittwoch den 3. Juli.
August Schindel jr., Durlach
Hauptstr. 88

NB. Beachten Sie gefl. Schaufenster und Preise.

Pfannkuch & Co

Neu eingeführt:

Bananen-Schokolade

40 Pfg.



Gefunden wurde gestern ein Portemonnaie mit Inhalt. Abzuholen Wilhelmstr. 28, 2. St. rechts.

Durlach.
Geschäfts-Eröffnung und Empfehlung.
Einem verehrl. Publikum die ergebene Anzeige, daß ich vom 1. Juli ab die

Kaffee-Niederlage

der Emmertaler Waren-Expedition im Hause Adlerstrasse 11 übernehme und zugleich den Vertrieb

Spanischer Weine

den ich Hauptstrasse 76 inne hatte, auf eigene Rechnung weiterführe.

Mein eifrigstes Bestreben geht dahin, meine werthe Kundschafft mit nur erstklassiger Ware zum billigsten Tagespreis bedienen zu können.

Hochachtung
Frau Emma Fiedler.

Adlerstr. 1, part. II. (Schloßplatz), ist ein gut u. sauber möbl. Mansardenzimmer an best. soliden Arbeiter sofort zu verm. 2.50 Mk. pro Woche.

Servierschürzen, 3 Stück, sind billig zu verkaufen. Werderstrasse 49, St. 4. St.

Russen, Schwaben, sowie sämtliche Küchenkäfer vertilgt man sicher und schnell mit Zirpilin Erfolg garantiert.

Streudosen à 60 Pfg. erhältlich in folgenden Drogerien: W. Baum, Jul. Dehn Nachfg., Otto Fischer, M. Hofheinz, Anton Kintz Nachfg., Otto Mayer, Fritz Reis, Carl Roth, Max Strauß, Gebr. Vetter, Th. Walz.

Pfannkuch & Co

Neue gelbe Italiener Kartoffeln
Pfund 9 Pfg.
10 Pfund 85 Pfg.
Centner 8.25 Mk.

Neues Sauerkraut
Pfund 15 Pfg.

Neue Matjes-Heringe
Stück 12 Pfg.

Neue Bismarck-Heringe
aus frischen Fischen
Stück 10 Pfg.
4 Liter 2.80 Mk.

Holländer Schlangengurken
Stück 20, 22 und 25 Pfg.

Pfannkuch & Co
C. m. b. H.
In den bekanntesten Verkaufsstellen

Total-Ausverkauf wegen Umzug!

20% Rabatt 20%

von heute ab auf das gesamte Warenlager ohne Ausnahme.

Reichhaltige Auswahl in allen Abteilungen.

Aeltere Lager-Bestände sind bis zu 50% im Preise ermässigt.

Keine Auswahlendungen. Verkauf nur gegen bar. Kein Umtausch.

Karlsruhe M. Schneider Karlsruhe
Kaiserstr. 181, Ecke Herrenstr. Kaiserstr. 181, Ecke Herrenstr.

Von Dienstag, den 2. Juli, bis Sonnabend, den 6. Juli.

Schürzen-Tage

Grosse Posten Damen- und Kinder-Schürzen sind im Licht-hof ausgestellt.

Farbige Kinder-Hänger- und Reform-Träger- und Aermel-Schürzen

aus prima waschechtem Zeugle und Satin in bester Ausführung.

Serie 1 Gr. 45-65	Serie 2 Gr. 45-75	Serie 3 Gr. 45-85	Serie 4 Gr. 45-85	Serie 5 Gr. 45-100	Serie 6 Gr. 60-110	Serie 7 Gr. 60-110
75	95	1²⁵	1⁶⁵	1⁹⁰	2²⁰	2⁴⁵

Farbige Damen-Blusen-, Prinzeß-, Reform- und Mieder-Schürzen

aus Zeugle und Satin, nur beste Qualitäten, prima Verarbeitung

Serie 1	Serie 2	Serie 3	Serie 4	Serie 5	Serie 6
1²⁵	1⁴⁵	1⁶⁵	2²⁵	2⁶⁵	2⁹⁵

Schwarze Kinder-Hänger-Schürzen

Grösse 45 bis 110 cm

110 150 190 230 290

Knaben-Schürzen

Grösse 45 bis 55 cm

45 75 95 125

Haus-Schürzen

gute waschechte Qualitäten

68 95 115 135

Damen-Aermel-Schürzen

vorzügliche Qualitäten

Weisse Kinder-Schürzen

mit Sticker-Garnitur, Grösse 45 bis 75 cm

280 Stück 125 Stück

Beachten Sie meine Schaufenster-Auslagen.

Hugo Landauer.

Carl König

Dentist.

KARLSRUHE, Kaiserstrasse 124 b.

Telephon 2451.

Künstliche Zähne, Plombieren, Zahnziehen.

Abichlag!

Kartoffeln

soeben eingetroffen einige Waggons großstückige, vorzügliche, mehrlreiche, gelbe

Siede-Kartoffeln

per Ztr. **7.20** Mk.

nur **3 Pfund 24** Pfennig

Bucherer

in sämtlichen Filialen. 8904

Freundliche 2-Zimmerwohnung
in wohnlich Hinterhaus, mit Glas-
abschluss, wird auf 1. August zu
mieten gesucht. Offerten unter
Nr. 319 an die Expedition des
„Volkstreuend“ erbeten.

Fahrrad mit Freilauf wird
spottbillig verkauft.
Kaiserstr. 28, Berliffatt.

**Schönes geräumiges
Nebenzimmer**
neu renoviert, empfiehlt Vereinen
und Gesellschaften zur gef. Ver-
müthung. 8127

Fr. Eintenheit,
„Zur Wacht am Rhein“
Ecke Garten- und Ritterstr.

Stadtgarten-Theater.

Direktion: S. Hagin.
3. Vorstellung.
Dienstag den 2. Juli 1912
abends 8 Uhr

Der Vogelhändler

Operette in 3 Akten v. C. Zeller.
Staffelöffnung 7^{1/2} Uhr
Anfg. 8 Uhr. Ende nach 10^{1/2} Uhr.

Gebisse kauft

nur Dienstag, den 2. Juli.
Karlstr. 41, 3. Stock.
Zahl pro Zahn von 20 Pfg.
bis 1.50 Mk. 761

Damastreste

in weiss u. bunt, 130 cm breit
per Meter —,70, —,90,
1,10, 1,20, 1,30, 1,40,
1,50 8879

Arthur Baer

Kaiserstr. 133, 1 Tr. hoch
Eingang Kreuzstrasse
bei der kleinen Kirche.

Partei- u. Gewerkschafts- genossen raucht und verlangt in den Lokalen und Geschäften

Zisch-Zigarren

(Zariffware)
hergestellt von nur organisierten
ausgesperrten Arbeitern.
Generalvertreter 8161
G. Wetterauer
Klein-Nüppurr.

Aus, Lützenstraße Nr. 8 ist
auf 1. Oktober eine geräumige
3 Zimmer-Wohnung in 2. St.
nebst Küche, Speicher, Keller u.
Schweinefall sowie sonstigem Zu-
behör zu vermieten. Zu erfragen
im 1. Stod. 812

Fieg- u. Sitwagen, gut billig zu verkaufen.

Wilschstr. 20, 4. Stod.

Wilschstr. 24, 3. St. ist
an anst. Arbeiter ein möbl.
Zimmer mit sep. Eing. für 9 Mk.
zu vermieten.

25 Mk. tägl. Verdienst durch
Verkauf m. Patent-Artikel
für Herren. **Neuheiten-Fabrik**
Wittweba-Markersbach Nr. 145

Neues Sauer- kraut

per Pfd. 15
in 326

Bucherer's Filialen.

Morgenstr. 6, 3. St. I, ist
ein möbl. Zimmer, auf
die Straße gelegen, zu vermieten.

Tausende 7230

Bereiten sich aus oberbad.
Moskank ein vorzügl.
apfelmostähnliches Er-
frischungsgetränk.
Die Qualität des Getränkes
ist bezwei, daß jeder, welcher
einen Versuch macht, ein
teuer Kunde sein wird.
Ueberzeugen Sie sich selbst
durch einen Versuch. Preis
pro Flaiche 8.50 Mk., reichend
für 150 Liter. Niederlagen:
Drog. Baum, Karlsruhe. Wilsch.
Guggolz, Sulzfeld. Küfer Doll,
Berghausen, Mart. Delm. Wilsch-
bach, Kaufm. Wenz, Grödingen,
Küfer Hoffmann, Grödingen,
Küfer Schmid, Singen, Eugen
Kunz, Malisch, E. Dambach, Mörsch,
Karl Steiner, Ottenau, Martin
Hirn, Kuppenheim, Rudolf Heig,
Dürmersheim, Karl Moser, Klein-
feinbach, Oskar Schaeffer, Wilsch-
ferdingen, Joh. Ulrich, Nieder-
bühl, Apotheker Strauß, Mühl-
burg, Otto Benzoy, Nüppurr,
Küfer Gadenheimer, Weingarten,
Anton Vopp, Bruchsal. Weiter-
Niederlagen werden errichtet
durch den Gros-Vertrieb
Robert Ruf, Ettlingen.

Mehrere Lehrmädchen

mit guter Schulbildung stellt ein

Hugo Landauer

Kaiserstr. 145. 327

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten vom 28. Juni: Paul Koste von Berlin, Porzellanmaler hier, mit Veria Sauer von Berlin. — Heinrich Schiffereder von Basel, Diplom-Ingenieur in Mannheim, mit Elsa Weiser von hier. — Rudolf Kollner von hier, Schlosser hier, mit Karoline Kiebling von hier. — Adolf Glauner von Hirschbach, Kaufmann hier, mit Hilba Schweidert von Dillingen. — Wilsch. Luz von hier, Fabrikarbeiter hier, mit Lina Sippel von hier. — H. Dahnheimer von hier, Korrespondent in Reg. mit Martha Grunert von Raugard. — Karl Schlicht von Wolfach, Beamter hier, mit Maria Klein von Waldprechtswier. — Friedr. Bähr von hier, Maler hier, mit Franziska Demmer von Lützenhardt.

Geburten vom 22. bis 27. Juni: Erna Maria, v. Wilsch. Bäuerle, Maschinentechniker. — Elsa Anita, v. Erich Decon, Raffeur. — Friedrich, v. Friedrich Ammer, Bäckermeister. — Gertrud Karolina, v. Karl Duffner, Kaufmann. — Kurt Hermann, v. Mich. Geßler, Rangierer. — Emma Maria Fibora, v. Karl Hildenbrand, Altuar. — Paula Theresia, v. Fritz König, Kaufmann. — Erwin Friedrich, v. Karl Brändle, Kaufherr. — Selena Regina, v. Gust. Morgenstern, Kaufmann. — Willi, v. Emil Wilsch, Gaidwirt.

Todesfälle vom 26.—29. Juni: Amalie Drogler, Witwe des Oberstleutnants Wendelin Drogler, alt 69 Jahre. — Robert Reinhardt, Küfer und Bierbrauer, ledig, alt 26 Jahre. — August Wilsch, Schneidermeister, Ehemann, alt 84 Jahre. — Christ. Stenmle, Bahnarbeiter, ledig, alt 48 Jahre. — Elsa, alt ein Monat 18 Tage, v. Rud. Stober, Bachmeister. — Helmut, alt 8 Monate 1 Tag, Vater Joh. G. Freund, Sergeant. — Josef, alt 2 Jahre, v. Karl Sand, Maurer.

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.

Geburten vom 14.—25. Juni: Alfred Oskar, v. Karl Wilsch. Paas, Schneider. — Werner Theodor, v. Heinrich Sauer, Schneider. — Kurt Wilhelm, v. Heinrich Nam, Geizer. — Max, v. Gottlieb Martini, Schneider. — Frida Josefine, v. Karl Schädel, Bierführer. — Elise Erna, v. Karl Johann Heinrich Ate, Metallschleifer. — Richard Heinrich, v. Alfred Geßler, Schlosser. — Max Friedrich, v. Maximilian Zimmermann, Steinbrecher. — Erwin, v. Peter Jakob Schalk, Kaufmann. — Max Wilhelm, v. Max Wilhelm Muggnug, Fabrikarbeiter, zurzeit Soldat. — Lise Eleonora, v. Leo Sellriegel, Fabrikarbeiter. — Friedrich Werner, v. Friedrich Luz, Maler. — Käthe Helene, v. Alois Reinhold Trubold, techn. Assistent.

Geschließungen vom 15.—26. Juni: Ludwig Mütle, verm. Schmied von hier, und Karolina Alsbittel, Haushälterin von Sulzfeld, Amt Eppingen. — Heinrich Karl Lotisch, Zimmermann, und Lissette Friederike Müller, ohne Beruf, beide von hier. — Friedrich Franz Walter, Zigarrenmacher von Karlsruhe, und Katharina Schulz, Fabrikarbeiterin von Stodheim, Oberamt Brackenheim (Württemberg). — Heinrich Wilsch, Steinbrucharbeiter von Dürrenbüchig, Amt Bretten, und die verwitwete Anna Christine Sauer geborene Goppelsröder, ohne Beruf, von Wöfingen, Amt Bretten.

Sterbefälle vom 20.—27. Juni: Erwin Emil, v. August Badersbauer, Maschinenformer, 6^{1/2} Wochen alt. — Emil Seifried, Tagelöhner, Witwer, 48 Jahre alt. — Christine Häuser geb. Joachim, Ehefrau des Bahnarbeiters Jakob Friedrich Häuser, 73^{1/2} Jahre alt.

Dr. ...
Ausgabe ...
75 Pf., vier ...
abgehoht, n ...
2,10 Mk., du ...
Buchdrucker ...
Inferre ...
kommen L ...
Der mü ...
in die Ferie ...
Gericht beho ...
Erebdigung ...
wird, zieht ...
und kritisiert ...
fenswert, w ...
temberg bef ...
und direkte ...
Mandat jeh ...
dieses Syfte ...
Kammer für ...
in ihren not ...
men und we ...
erkennend a ...
Wert. Nicht ...
würtemberg ...
doh ihn die ...
er hätte jög ...
Kofes seine ...
Zustimmung ...
nicht für W ...
beispielstwe ...
Wenn ...
Bolkstamm ...
in Schwieri ...
und berglei ...
malereien ...
Wir lasse ...
bergische Ba ...
Sdmierigkei ...
Wir konstat ...
deniten Geg ...
preukische A ...
des aus glei ...
Parlament's ...
beden muß. ...
ein scharfes ...
Begner feine ...
Es ist all ...
stetenhaus, d ...
wenn man e ...
feine guten ...
Zustandekom ...
hat. Das er ...
man erinnere ...
von Zedlich ...
Bericht ging ...
ferien gesch ...
auf die Nich ...
rungsvoorlag ...
tivanträge h ...
„Dah d ...
das Ansehen ...
erhaltung d ...
liegt auf de ...
Dann ist ...
Zage verläng ...
nicht groß, ...
Zähigkeit dur ...
brechen lassen ...
in dem letzte ...
Gindruck's we ...
belten Geschi ...
betäubendes ...
am Schluf f ...
Haffenbauies ...
gilde Volkst ...
Freiherr ...
mangelhaften ...
recht werfen ...
werden, wer ...
herborgegang ...
ter das Wahl ...
der Rechten ...
Was läge ...
Tägliche Fu ...
mögen, daß m ...
dem Württem ...
stellen sich do ...
Staat das W ...
ankomme, n